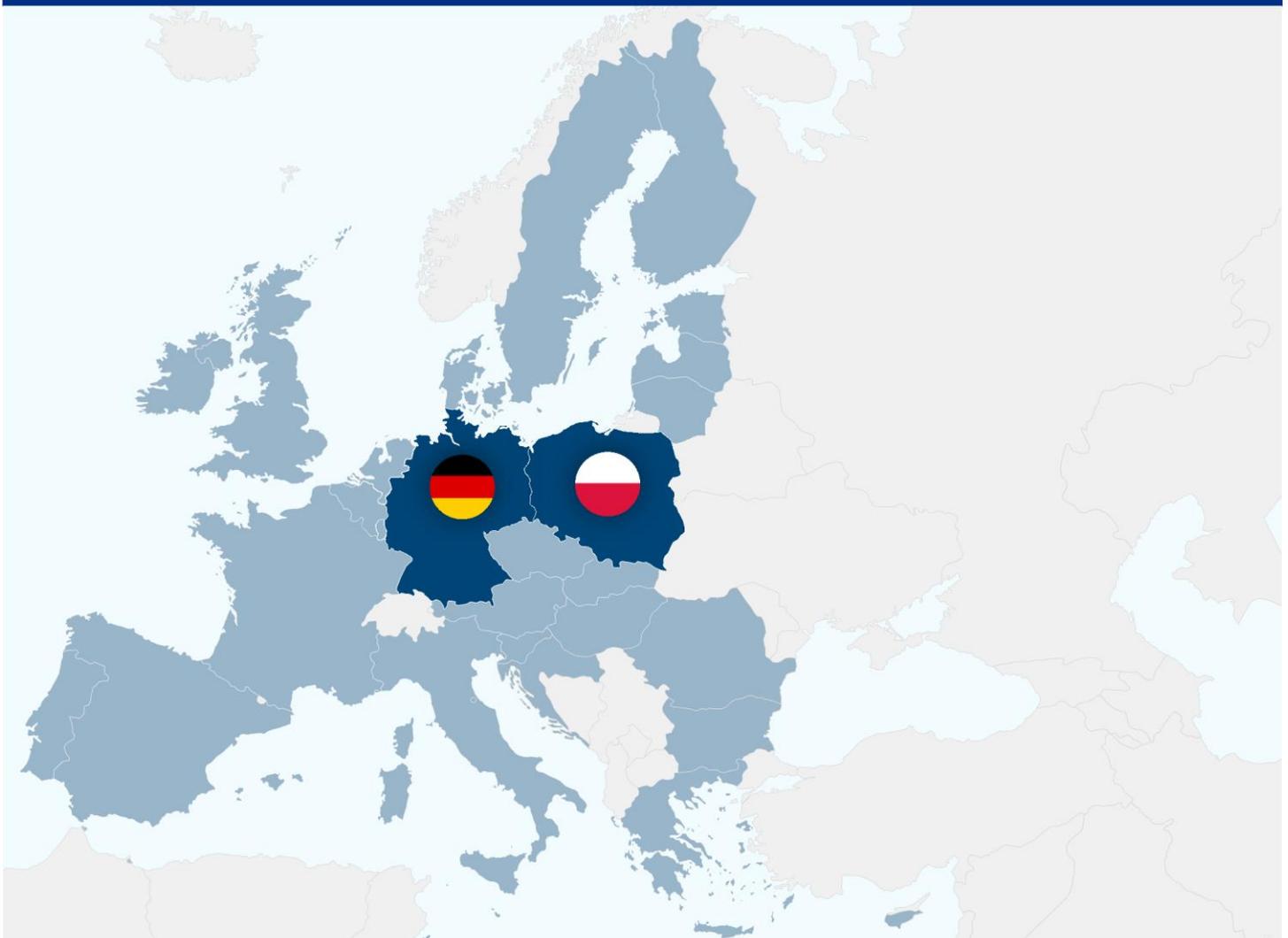


# Ostpolitik 2014

Fünf Missverständnisse zwischen Deutschen und Polen

*Agnieszka Łada*



*Diese Studie erscheint im Rahmen einer Serie von Policy Briefs über Europa und seine Nachbarn in Ost und Süd. In dieser Serie veröffentlichen wir Studien, die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern im Rahmen unserer Arbeit in diesem Bereich entstehen. Dieser Policy Brief ist Ergebnis einer Zusammenarbeit der Bertelsmann Stiftung mit dem Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (IPA/ISP).*

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind so gut wie noch nie in der Geschichte. Dies zeigte sich auch in der Gestaltung der Ostpolitik. Als Symbol der guten Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau innerhalb der Europäischen Union kann die gemeinsame Mission der beiden Außenminister – Frank-Walter Steinmeier und Radosław Sikorski, zusammen mit ihrem französischen Kollegen, Laurent Fabius - nach Kiew im Februar 2014 dienen, die zur Unterzeichnung eines Kompromisses zwischen Janukowytsch und den Vertretern des Euromajdan geführt hat. Ihr folgten jedoch einige Missverständnisse die dazu führten, dass die deutsche und polnische Ostpolitik von vielen als sehr unterschiedlich wahrgenommen wird.

## **Fünf Missverständnisse**

### **Missverständnis I – unterschiedliche Definitionen und Beurteilung der Lage**

Das erste Missverständnis, das auch zu weiteren führt, beruht auf unterschiedlichen Definitionen von Begrifflichkeiten. Schon der Begriff „Ostpolitik“ wird von Deutschen anders als von Polen verstanden. In Deutschland wird darunter vor allem die Politik gegenüber Russland gemeint, in Polen dagegen die Politik gegenüber allen Staaten, die östlich der polnischen Grenze liegen.

Die unterschiedliche Entfernung zur ukrainischen Grenze hat auch andere Sichtweisen der Situation vor Ort zu Folge. So wurden in Polen z. B. Begriffe wie „russisch-ukrainischer Krieg“ und „russische Aggression“ von Anfang an – als Russland die Krim annektierte - benutzt. In Deutschland sprach man zwar über „die Krise“, aber lange wurde sie nur als Ukraine-Krise bezeichnet. Erst langsam wird von einem Krieg gesprochen, obwohl, wie aus einem Appell von mehreren deutschen Persönlichkeiten vom 5. Dezember 2014 zu erfahren ist, immer noch viele Deutsche dem nicht zustimmen wollen, dass im Nachbarland Polens Krieg herrscht.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!, „Die Zeit“, 5.Dezember 2014. Im Text, unterzeichnet von mehr

als 60 Persönlichkeiten, darunter Politiker, Schauspieler oder Theologen, wurde vor einem Krieg mit Russland gewarnt

Die Polen haben hier eine andere Perspektive, die mit der Entfernung zum Konfliktgebiet einfach zu erklären ist. Viele Polen kennen jemanden aus der Ukraine, dessen Verwandte auf dem Majdan protestiert haben oder jetzt in Kasernen auf den Befehl warten, in die Ostukraine zu ziehen. Kugelsichere Westen sind schon lange aus den polnischen Läden verschwunden, weil die Ukrainer sie gekauft haben. Und die polnische Regierung bereitete sich ernsthaft auf eine Flut von ukrainischen Flüchtlingen vor.

Für die Polen besteht kein Zweifel daran, wer den Krieg angefangen hat. Russland hat das internationale Recht gebrochen und einen Teil seines Nachbarlandes annektiert. Erklärungen, die Halbinsel Krim habe jahrelang zu Russland gehört oder auf dem Majdan haben Faschisten protestiert, nehmen die Polen ohne Zweifel als eine direkt von den Russen gesteuerte Propaganda wahr. In Deutschland dagegen identifizierte man solcherlei Erklärungen erst als russische Propaganda-Maßnahmen, nachdem die große Zahl der pro-russischen Kommentare im Internet aufgefallen war. Ferner werden in deutsche Talk Shows vor allem Osteuropaexperten eingeladen, die mit russischen Unternehmen enge Kontakte pflegen. Für die Polen bleibt kein Zweifel, welches Interesse

diese Personen vertreten, und ihnen ist schwer verständlich, dass die deutschen Medien einseitig Experten einladen.

### **Missverständnis II – Russlands-versteher versus Russophobe**

Daraus resultiert das zweite Missverständnis: Die Polen glauben, die Mehrheit der deutschen Eliten und Bevölkerung sei prorussisch. Dass dem so sei bestätigen den Polen Berichte, die in Fernsehsendungen gezeigt werden (in Polen werden einige Zitate von bekannten Deutschen wie z.B. Altbundeskanzler Helmut Schmidt besonders wahrgenommen). Auch Äußerungen von wichtigen deutschen Persönlichkeiten wie Altbundeskanzler Gerhard Schröder - der in Polen als mit Putin befreundeter und nun mit einer Stelle bei Gazprom ausgestatteter (ehemaliger) Regierungschef dargestellt wird - oder der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck werden hochgespielt. Dass es sich dabei vor allem um „ehemalige“ Politiker handelt, die jetzt nicht mehr die Richtung der deutschen Politik bestimmen, wird in den polnischen Medien nicht wahrgenommen. Im Gegenteil die Äußerungen der ehemaligen Bundeskanzler werden in Polen als „die deutsche Stimme“ verkauft.

---

und dazu aufgefordert, für eine neue Entspannungspolitik mit Russland im Dialog zu bleiben.

Viel weniger wird über kritische deutsche Stimmen berichtet. Für die Medien gilt hier das, was in jedem Bericht eine Schlüsselrolle spielt – negative Bilder in den Vordergrund stellen, Unterschiede betonen und die positiven Tendenzen bei Seite liegen lassen. Die Tatsache, dass Deutschland nicht mehr eine „Russia first“ Politik betreibt und die Deutschen nicht so russlandfreundlich sind, kommt am Ende nicht so deutlich bei den Polen an. Schon im Jahr 2013 empfanden gegenüber Russen nur 15% der Deutschen Sympathie. Auch das allgemeine Bild Russlands war schon damals sehr negativ.<sup>2</sup>

Ob wiederum die Polen so russophob sind, wie man es in Deutschland gerne glauben machen würde, lässt sich auch bezweifeln. In einer gleichzeitig mit der in Deutschland durchgeführten Untersuchung bekannten sich 35% der Polen zur Sympathie gegenüber Russen.<sup>3</sup> Negativ wird immer der russische Staat und vor allem dessen Politik beurteilt.

Die Sensibilität der Polen im Bereich Russlandpolitik lässt sich nachvollziehen, wenn man die polnische Geschichte ein bisschen kennt. Die sowjetische Besatzung nach dem Angriff der Roten Armee

auf Polen am 17. September 1939 war mindestens so traumatisch für die Polen wie die deutsche. Auch über das kommunistische Regime und deren Folgen für Polen ist in Deutschland im Allgemeinen wenig bekannt. Aus diesem Grund verstehen die Deutschen die polnische Aufregung nicht, wenn in Deutschland die russische Position in dem Konflikt mit der Ukraine verteidigt wird. Besonders schwer zu akzeptieren ist für die Polen das Argument, dass die Deutschen besondere historische Verpflichtungen Russland gegenüber haben, weil viele Russen im Zweiten Weltkrieg gefallen seien. In der Realität handelt es sich bei diesen Opfern jedoch um Sowjetbürger, und eine bedeutende Gruppe der Gefallenen stellten die Ukrainer.

Die polnische Politik spricht in der russisch-ukrainischen Krise mit einer Stimme. Auch die deutsche Regierung ist hier einheitlich – sie kritisiert Putins Verhalten und stellt sich entschieden hinter die Sanktionen. Angebliche Nuancen zwischen dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt werden eher von den Medien hochgespielt. Die Polen, die die innenpolitische Situation in Deutschland nicht verfolgen oder kennen, bekommen aber den

---

<sup>2</sup> Vgl. J.Kucharczyk, A.Łada, C.Ochmann, Ł.Wenerski, Im Osten was Neues? Das Bild Polens und Russlands in Deutschland, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013.

<sup>3</sup> Vgl. A.Łada, Deutsch-polnisches Barometer 2013, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2013.

Eindruck, dass die deutsche Regierung in der Sache des Umgangs mit Moskau gespalten sei.

Polen und Deutschland unterschieden sich auch ziemlich lange in der Analyse, wohin Moskau steuert. Die deutsche Überzeugung von der Wirksamkeit der Modernisierungspartnerschaft stieß von Anfang an in Polen auf Zweifel. Viele im Westen Europas glaubten nicht, dass Putin ernst machen würde mit seiner bereits vor Jahren ausgesprochenen Drohung negativer Reaktionen, sollte der Westen seine offene Politik gegenüber den Nachbarstaaten der Sowjetunion fortsetzen.

Die Polen, deren Analysen zur Ostpolitik von jeher treffend waren – was inzwischen auch von der deutschen Regierung und Ostexperten anerkannt wurde, hielten dies sehr wohl für möglich. Kommentare der deutschen „Russland-Versteher“, die Polen würden die Russen und Putin nicht begreifen, verursachen, vor allem aufgrund der polnischen Vergangenheit, in der Beziehungen zu Russland eine enorme Rolle spielte, bis heute an der Weichsel Irritationen.

### **Missverständnis III – Zukunft der Sanktionen**

Diese Irritationen wachsen, wenn ein Teil der deutschen Wirtschaftsvertreter – unterstützt von einigen Politikern - behauptet, die Sanktionen gegenüber Russland brächten

nicht die erwünschte politische Wirkung, wohl aber konkrete, wirtschaftlich hohe Kosten für die deutschen Unternehmen, und deshalb sollten sie gelockert werden. In Polen ist das Bild der deutschen Wirtschaft hervorragend. Gleichzeitig herrscht die Meinung, dass die Wirtschaft die deutsche Ostpolitik dominiert – eine Überzeugung aus Schröders-Zeiten. Tatsächlich steht aber die deutsche Regierung entschieden hinter den Sanktionen und wird dabei auch vom Großteil der Wirtschaft unterstützt. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft will zwar die Sanktionen mildern, aber BDI und Osteuropaverband der Deutschen Wirtschaft sind auf der Seite der Bundesregierung. Diese Spaltung in Deutschland führt zu einem weiteren Missverständnis in Polen, wo alle politischen Kräfte, wie sonst selten, sich einig sind, dass die Sanktionen beibehalten (oder sogar verschärft) werden sollen. Diese Position vertritt einstimmig die polnische Wirtschaft, obwohl die Kosten immer deutlicher für sie werden.

Nicht selten sind die Polen auch darüber besorgt, dass die deutsche Bevölkerung in der Beurteilung der Lage ziemlich gespalten ist – ganz im Gegenteil zu der polnischen. Die Hälfte der Deutschen wünschte sich im September 2014, die Sanktionen gegenüber Russland zu verschärfen (47%) – fast genauso viele wollten dies nicht (50%). Zur gleichen Zeit hielten 57% der deutschen Befragten die Reaktionen

der EU für richtig,<sup>4</sup> während die Polen das EU-Engagement für zu gering beurteilten (64%) und sich die Verschärfung der Sanktionen wünschten (67%).<sup>5</sup>

Die Deutschen und die Polen lagen aber in dieser Hinsicht doch nicht immer so weit auseinander. Auf die Frage, ob die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Hilfe für die Ukraine leisten soll, auch wenn dies das Risiko bedeute, den Konflikt mit Russland zu verschärfen, antworteten im Juni 2014 65% der Deutschen und 67% der Polen positiv.<sup>6</sup>

Die beiden Regierungen sind sich einig, dass man Zeit braucht, um politische Folgen beobachten zu können. Dass diese gemeinsame Stellungnahme weniger bekannt ist, liegt oft an der Sprache, in der man kommuniziert. Zwar sagen die deutschen Vertreter, die Wirkung der Sanktionen solle man langfristig messen, aber zur gleichen Zeit sprechen sie über die Notwendigkeit, mit Russland im Gespräch zu bleiben. Die Polen bestreiten die Notwendigkeit der Kommunikation mit Russland nicht, sehen aber keinen Bedarf, dies immer in den Vordergrund zu rücken. Die deutschen Äußerungen klingen im Endeffekt in polnischen Ohren verdächtig, so als ob man sich mit Moskau doch

verständigen wolle – wie es schon mehrmals in der Geschichte passierte. Daran und an die Folgen für ihr eigenes Land können sich die Polen sehr gut erinnern. Neulich klangen den Polen einmal mehr die Ohren, als im Herbst 2014 Präsident Putin über die Notwendigkeit sprach, den Hitler-Stalin Pakt zu rehabilitieren.

#### **Missverständnis IV – Stellungnahme zum militärischen Engagement**

Noch ein weiteres Missverständnis bezüglich der Sicherheitsmaßnahmen, die von EU und NATO zu ergreifen wären, baut auf den unterschiedlichen Wahrnehmungen der Lage durch Deutsche und Polen sowie den schon erwähnten definitorischen Differenzen auf.

Die von beiden Seiten geteilte Überzeugung, dass keine militärische Lösung in Frage käme, wird unterschiedlich verstanden. Niemand will NATO-Truppen in die Ukraine schicken. Ihre Bewegungen und Stationierung innerhalb der mittel- und osteuropäischen Länder werden aber in Polen als normale Verlegung innerhalb des Bündnisses gesehen und von der Bevölkerung gewünscht (57%)<sup>7</sup>. Die NATO gilt für die Polen als der

<sup>4</sup> ARD Deutschlandtrend, September 2014.

<sup>5</sup> CBOS, Czy zaangażowanie społeczności międzynarodowej w rozwiązanie kryzysu

ukraińskiego jest wystarczające?, NR 134/2014.

<sup>6</sup> Transatlantic Trends 2014, Q 16a.

<sup>7</sup> CBOS, Po szczycie w walijskim Newport, NR 137/2014.

einzigem Garant von Sicherheit. Deshalb wollen die Polen die NATO-Truppen dort haben, wo sie so schnell wie möglich, falls notwendig, eingesetzt sein könnten. In Deutschland wurde die Verlegung der NATO-Soldaten wiederum vom Außenminister wie auch von 60% der befragten Bürger<sup>8</sup> ausgeschlossen. Dies verursachte in Polen große Enttäuschung. Steinmeier verweigerte es mit dem Argument, dies würde einen Bruch mit den Russland vom Westen gegebenen Zusicherungen und eine Abschreckungspolitik im Allgemeinen bedeuten. Der letzte Begriff wird von vielen in Deutschland direkt mit dem Kalten Krieg assoziiert und deshalb per Definition abgelehnt.

Dieser deutsche Pazifismus wird aber in Polen als fast irrationale militärische Aversion betrachtet. Es wird befürchtet, Deutsche erkennen die Gefahr nicht und suchen einen Kompromiss um jeden Preis. Die Äußerungen von Bundespräsident Gauck, der Deutschland zu mehr militärischer Verantwortung aufruft, werden in Polen als richtig und nicht überraschend wahrgenommen, im Gegensatz zu Deutschland, wo sie von vielen Kritikern angegriffen wurden. So wird in Polen, wo aufgrund der direkten Nähe die Gefahr anders definiert wird als in Deutschland, auch der

Begriff „Abschreckung“ eher als Sicherheitsmaßnahme verstanden. Danach darf man Russland gegenüber nie seine eigene Schwäche offenbaren, weil Moskau nur starke, zusammenhaltende Partner, respektiert. Die Sicherheit wird wiederum von Russland selbst in Frage gestellt, deswegen ist es für die Polen nicht nachvollziehbar, wenn die deutschen Bündnispartner argumentieren, ohne Russland gäbe es keine Sicherheit in Europa. Für Polen macht die russische Stellungnahme klar, dass das Land kein Interesse daran hat, die Situation auf der Krim und in der Ostukraine zu stabilisieren. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass Russland der OSZE-Mission nicht erlauben will, die ukrainisch-russische Grenze zu kontrollieren, was zu einer konkreten und richtigen Entspannung der Sicherheitslage führen könnte. Inzwischen wurde in Deutschland und in Polen auch bekannt, wie oft russische Flugzeuge den NATO-Luftraum verletzt haben. Das alles trägt dazu bei, dass die Bedrohungsgefühle der Polen im Jahr 2014 deutlich angestiegen sind. Wenn in Februar 2014 nur 30% der Polen meinten, die Lage in der Ukraine bedrohe die polnische Sicherheit, teilten diese Meinung im August und September jeweils 78% und im Dezember immerhin noch 69% der Befragten. Im November sahen

---

<sup>8</sup> ARD Deutschlandtrend, September 2014.

auch 62% der Polen die europäische Sicherheit wegen der Situation im Nachbarland bedroht. In der gleichen Zeit waren 57% der Polen davon überzeugt, die territorialen Anforderungen von Präsident Wladimir Putin werden sich nicht auf die Ukraine begrenzen, sondern Russland werde auch in anderen Ländern, in denen eine russische Minderheit lebt, Konflikte auslösen<sup>9</sup>.

Tabelle 1: Bedroht die Lage in der Ukraine die polnische Sicherheit? „Ja“-Antworten der Polen in %.

II 2014	III 2014	VIII 2014	IX 2014	XII 2014
30	72	78	78	69

Quelle: CBOS 2014

### Missverständnis V – die polnische Rolle in der deutschen Ostpolitik

Polen, das einzige EU-Land, das sowohl an Russland als auch an die Ukraine grenzt, sieht sich als wichtiger Spieler in der europäischen Ostpolitik. Seit Sommer 2014 überwiegt aber in Polen die Überzeugung, Polen werde von den EU-Aktivitäten in diesem Bereich ausgeklammert.

Noch im Februar 2014 waren der polnische, deutsche und französische Außenminister gemeinsam in Kiew. Dann wurde aber Polen nicht eingeladen, wenn Gespräche in

Berlin zwischen den deutschen, französischen, russischen und ukrainischen Außenministern stattfanden. Auch wenn diese Ausklammerung Beamten des deutschen Außenministeriums zufolge eher praktische als politische Gründe habe und von den Ukrainern erwünscht sei, wurde es sehr negativ in Polen wahrgenommen und als Misstrauensvotum der deutschen Seite verstanden.

Dazu kamen noch die personellen Veränderungen auf der polnischen politischen Bühne. Nach der Wahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates und dem Wechsel von Radosław Sikorski vom Außenministerium zum Parlamentsmarschall müssen sich neue deutsch-polnische Verbindungen auf oberster Ebene noch etablieren. Die engen Kontakte zwischen den Außenministerien funktionieren gut. Sie schaffen es aber nicht, der Öffentlichkeit zu vermitteln, Polen und Deutschland arbeiteten Hand in Hand um die Krise zu lösen. Der bevorstehende Wahlkampf (Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 und Parlamentswahlen im Herbst 2015) wird diese Situation nicht entspannen, da die oppositionelle Recht und Gerechtigkeit (PiS), die auf die Rückkehr an die Macht hofft, gerne die deutsch-polnische Zusammenarbeit in Frage stellt.

<sup>9</sup> CBOS, Zainteresowanie Ukrainą i poczucie zagrożenia w październiku, NR 144/2014.

## **Aktuelle Missverständnisse abbauen, neue vermeiden**

### **Zuerst Kommunikation**

Die meisten der Missverständnisse sind aufgrund von fehlerhafter Kommunikation oder falscher Interpretationen entstanden. Eine konkrete Verbesserung der Kommunikation ist also die notwendigste Maßnahme um weitere Probleme zu vermeiden.

#### Miteinander reden

Die Unklarheiten können nur im Rahmen vertrauensvoller Gesprächen geklärt werden. Dieses Vertrauen existiert inzwischen auf allen deutsch-polnischen Ebenen. Man soll möglichst oft die Gelegenheit nutzen um sich auszutauschen, die eigene Perspektive darzustellen und die Meinung der Nachbarn kennen zu lernen. Die bisher organisierten Treffen in den verschiedensten Formaten – von Experten und NGOs bis hin zu den Außenministerien – zeigen positive Wirkung auf die gegenseitige Verständigung und Wahrnehmung.

#### Auf den Wortschatz achten

Bei diesen und allen anderen Gesprächen gilt vor allem: definieren und erklären, was man genau meint, wenn man im Dialog mit den Nachbarn bestimmte Begriffe benutzt. Denn das, was auf Deutsch

oder Polnisch als Synonym benutzt wird, kann, muss aber nicht unbedingt in der jeweils anderen Sprache das gleiche bedeuten.

#### Auf Fakten basierende Nachrichten senden

Am sichersten sind Nachrichten, die auf konkreten Fakten basieren und diese vermitteln. Im russisch-ukrainischen Konflikt wurde bereits zu häufig wegen Vermutungen, Vorurteilen oder aus Unkenntnis falsch kommuniziert und erklärt. Bei der Formulierung einer These, welche Maßnahmen richtig wären, sollte man konkrete Gründe dafür darlegen können. Die Wirkung der Sanktionen (mittel- und langfristig) für die deutsche, polnische, russische und europäische Wirtschaft und Politik könnte z.B. eine gemeinsame deutsch-polnische Expertengruppe untersuchen. Die Ergebnisse einer solchen Studie wären dann in der EU zu verbreiten.

#### Journalisten unterstützen

Da viele Missverständnisse aufgrund von zu knappen Formulierungen in den Medien entstanden sind, sollte man möglichst viel mit Journalisten im Gespräch stehen und ihre Tätigkeiten (Studienreise, deutsch-polnische Treffen, Interviews) im Bereich Ostpolitik unterstützen. Polnische Experten und Intellektuelle sollten auch öfter in deutschen Talk-Shows auftreten. Viele polnische Experten verfügen über ausreichend gute Deutsch-

kenntnisse um sich in den deutschen Medien präsentieren zu können. Dies gilt auch in die andere Richtung.

Eine offene, klare und intensive Kommunikation muss zu einer absoluten Priorität werden. Sie ist ebenfalls ein zentraler Punkt für weitere Verbesserungsvorschläge.

### **Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen fördern**

Deutsch-polnischer Handel und insgesamt deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen sind besonders wichtig. Viel breiter sollte deshalb bekannt gemacht werden, dass die deutschen Handelsvolumina mit Polen die mit Russland überwiegen. Im Export platziert sich Polen an der 10. Stelle zwischen den wichtigsten deutschen Partnern, während Russland sich mit der 11. Position zufrieden stellen muss.

Tabelle 2: Deutsche Exporte in die ersten 11 Länder in %

Land	% des gesamten deutschen Exports
Frankreich	9,1
Vereinigten Staaten	8,2
Groß Britannien	8,2
Niederlande	6,4
China	6,1
Österreich	5,1
Italien	4,8
Schweiz	4,3
Belgien	3,9
Polen	3,8
Russland	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014

Außerdem ist die deutsch-polnische Interdependenz in der Wirtschaft viel stärker entwickelt als die deutsch-russische. Auch wenn der polnische Markt nicht den russischen direkt ersetzen kann, sollten die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen weiter gefördert und die Fakten über deren Stand vermittelt werden. Es kann dazu beitragen, die in Polen verbreiteten Stereotype über die Abhängigkeit der deutschen Politik von ökonomischen Beziehungen zu Russland zu beseitigen.

### **Gemeinsam auftreten**

Ein weiterer Schritt zum Abbau der Missverständnisse ist gemeinsames Handeln. Zu tun gibt es genug, und die positive Erfahrung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit sowie der deutschen Unterstützung des polnischen Demokratisierungsprozesses könnten dazu motivieren, verschiedene deutsch-polnische Aktivitäten zu starten. Dies würde dazu beitragen zu zeigen, dass Berlin und Warschau doch eine gemeinsame europäische Ostpolitik zusammen gestalten.

### **Demokratische Reformen in der Ukraine unterstützen**

Bei den notwendigen Reformen, die in der Ukraine durchzuführen sind, zum Beispiel bei der Reform der Kommunalverwaltung oder Antikorruptionsmassnahmen könnten gemeinsam deutsche und polnische Experten Hilfe leisten und Beratungsfunktionen übernehmen.

### Zivilgesellschaft fördern

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die schon funktionierenden Strukturen könnten auch zur Unterstützung der Zivilgesellschaft benutzt werden. Zuerst und zügig sollten verschiedene deutsch-polnische Initiativen um ukrainische Partner ergänzt werden. Die gut entwickelten deutsch-polnischen Institutionen können hier helfen, um keine Zeit für die Etablierung von neuen Mechanismen zu verlieren. Trilaterale Projekte würden auch dazu beitragen, sich gegenseitig kennen zu lernen und Missverständnisse abzubauen. Langfristig sollten aber auch Strukturen nur für die Ukrainer (oder bilaterale) geschaffen werden. Sonst würden sich die Ukrainer immer als zweitrangiger Partner fühlen.

Zu beachten ist hier, dass es in der Ukraine viele gute Experten und Organisationen gibt, mit den man konstruktiv und effektiv kooperieren kann.

### Gemeinsames Handeln ankündigen

Eine sehr gute Gelegenheit, gemeinsame deutsch-polnische Projekte anzufangen und sie weltweit zu promoten, wird die für Januar 2015 von der Europäischen Kommission geplante Geber-Konferenz anbieten. Die deutsche und polnische Seite könnten sich schon im Voraus untereinander verständigen, mit welchen Mitteln und in wel-

chen Bereichen sie zusammen arbeiten möchten, und abklären, wie man Synergien nutzen könnte. Dies würde Einigkeit nicht nur demonstrieren, sondern auch in der Tat beweisen.

*Dr. Agnieszka Łada ist Senior Analyst und Leiterin der Europa-Abteilung des Warschauer Institut für öffentliche Angelegenheiten (ISP/IPA).*

## Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
Fax +49 5241 81-81999  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Gabriele Schöler  
Senior Project Manager  
Programm Europas Zukunft  
[gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:gabriele.schoeler@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81 205

Instytut Spraw Publicznych (ISP)  
ul. Szpitalna 5 / 22  
PL - 00-031 Warszawa  
Telefon +48 22 5564260  
Fax +48 22 5564262  
[www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Dr Agnieszka Łada  
Senior Analyst  
Leiterin des Europa-Programms  
[agnieszka.lada@isp.org.pl](mailto:agnieszka.lada@isp.org.pl)  
Telefon +48 22 5564288

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)